

Tagesordnung 1 Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 07.11.2006

Vorlage Nr. 06-F-01-0107

Handhabung der Friedhofssatzung / Verweilzeiten in den Trauerhallen vor und nach den Trauerfeiern

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 01.11.2006 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- **es bis zur Schaffung einer neuen Gebührenordnung bei der bisherigen Handhabung zu belassen, die es der Trauergemeinde und insbesondere den Familienangehörigen ermöglicht, sich ohne Zeitkontrolle und ohne den damit jetzt verbundenen Gebührenaufschlag vor den Trauerfeiern in den Trauerhallen zu versammeln und auf Wunsch auch länger als 15 Minuten am geöffneten Sarg Abschied zu nehmen,**
- **es bei Schaffung der neuen Gebührenordnung mit Hilfe einer moderaten pauschalen Gebührenerhöhung zu ermöglichen, dass bei diesem für die Menschen hochsensiblen, d. h. häufig emotional stark belasteten Ereignis des schicksalhaften Verlustes eines Menschen der entwürdigende Zeitdruck beim Ablauf der Zeremonie völlig vermieden wird.**

Begründung:

Nach Berichten in der Wiesbadener Lokalpresse sowie nach Angaben von Bestattern wird die Gebührenordnung der Friedhofssatzung seit August scharf überwacht, städtische Mitarbeiter dokumentieren nun minutengenau die Verweildauer der Trauernden in den Trauerhallen der Friedhöfe und berechnen bei Überschreiten der jeweiligen Zeitgrenzen sofort den für die nächsten 15 Minuten Anwesenheit fälligen Betrag.

Es ist unvertretbar, Menschen in Trauer und Schmerz in die zusätzliche Bedrängnis eines Zeitkorsetts beim Ablauf der Zeremonie zu stecken, zumal sehr häufig Seniorinnen und Senioren zu den Trauergesellschaften zählen. Sie sind nicht selten als Busbenutzer vom ESWE-Fahrplan anhängig, der eine zeitgenaue Abstimmung auf den Beginn einer Trauerfeier nicht immer erlaubt. Außerdem berufen wir uns auch auf die Positionierung des Seniorenbeirates zu einer moderaten pauschalen Gebührenerhöhung, um dadurch eine bessere Bereitstellung von Personal zu gewährleisten, damit Zeitdruck bei der Feier ausgeschlossen werden kann.

Beschluss Nr. 0052

1. Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 01.11.2006 betr.

Handhabung der Friedhofssatzung, Verweilzeiten in den Trauerhallen

hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

2. Der Ausschuss bittet den Magistrat, in der Ausschusssitzung vor der Sommerpause 2007 (19.06.2007) einen mündlichen Sachstandsbericht zu geben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2006

Spruch
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2006

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2006

Dezernat VIII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister